ihre darbenden Leiber im Erfrischungsraum der Stadtverordneten mit Speise und Trank.

Das ist der Klassenkampf der kommunistischen Strategen!

Die kommunistische Arbeiterstimme wird diesen Betriebsunfall der führenden Geister der kommunistischen Rathausfraktion zu frisieren wissen, sie wird wahrscheinlich nach alter Erfahrung für diesen Verrat sogar die Sozialdemokraten verantwortlich machen.

Wir aber fragen: **Was würden wohl die Kommunisten sagen, wenn Sozialdemokraten in so frivoler Weise mit den Interessen der Arbeiterschaft umspringen würden?** Die irregeleiteten Wohlfahrtsarbeiter aber sollten endlich erkennen, daß die Kommunisten mit ihnen nur Schindluder treiben.

*

Kommunistische Sonntagsexzesse

S. **Frankfurt a. M., 7. Juli.** (Eig. Funk.) **Am Sonntag kam es in Bensheim an der Bergstraße zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, bei denen es nicht Schwerverletzte gab. Ein Trupp von mehr als 500 Kommunisten kam von einem „Roten Tag" in Worms zurück und stieß in Bensheim mit den Teilnehmern an der Wiedersehensfeier des ehemaligen 117. Regiments zusammen. Es kam zu einem ernsthaften Handgemenge, so daß die Polizei eingreifen mußte. Als sich die Kommunisten, die erheblich in der Mehrheit waren, gegen die Polizei wandten, gab die Polizei scharfe Schüsse ab. Dabei wurden vier Kommunisten ziemlich schwer verletzt. Aber auch die Polizei hat vier Verletzte. In Darmstadt stellte man den Trupp und nahm etwa 300 Verhaftungen vor. Der Rest zog nach Frankfurt weiter, wurde aber an der Stadtgrenze von einem starken Polizeiaufgebot erwartet und in das Frankfurter Polizeigefängnis gebracht, wo die Namen von 250 Kommunisten festgestellt wurden. Da sich keine Anhaltspunkte dafür ergaben, daß sich die Täter unter den Verhafteten befanden, konnten die Verhaftungen nicht aufrechterhalten werden.**

Andere kommunistische Trupps haben sich auf der Rückreise nach Mainz schwerer Ausschreitungen schuldig gemacht. Sie drangen in Gunterblum in ein Haus und verletzten den Besitzer durch einen Messerstich schwer.

Der beleidigte Hansabund

Verstimmungen bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten

Berlin, 8. Juli. (Eig. Funk.)

Die gestrige Rede des Reichsfinanzministers hat sowohl im Lager der Deutschen Volkspartei, als auch der Demokraten ziemliche Verstimmung hervorgerufen. Die Volkspartei hat noch am Montagabend gegenüber dem Zentrum und dem Reichskanzler Brüning heftige Beschwerde darüber geführt, daß der Reichsfinanzminister es nicht für notwendig gehalten hat, **auf die Forderungen der Deutschen Volkspartei auch nur irgendwie einzugehen** und bestimmte steuerpolitische Forderungen der Volkspartei von ihm sogar von der Tribüne des Reichstages herab ironisiert wurden. Die Demokraten sind vor allem über die Ausführungen des Finanzministers **über den Hansabund, an dessen Spitze der Demokrat Fischer, Köln, steht,** außerordentlich erbost. Der Finanzminister hatte die Sparvorschläge des Hansabundes als blutigen Dilettantismus bezeichnet. Die Demokraten hielten wegen der gegen den Hansabund gerichteten Angriffe noch am Montagabend eine Fraktionssitzung ab, in der Reichsfinanzminister Dietrich — wie es heißt — „einige notwendige Aufklärungen" gab.

Es ist nach alledem nicht von der Hand zu weisen, daß die Situation trotz der an sich ziemlich geschickten Rede des Reichsfinanzministers eher eine Verschärfung, als eine Entspannung erfahren hat und die seit Tagen so optimistische Regierung Brüning sich wieder einmal ernsthaft den Kopf darüber zerbricht, wie sie für ihre Deckungsvorlagen eine Mehrheit im Parlament erreichen kann. Angesichts dieser Situation gewinnt die Möglichkeit, daß die Deckungsvorlagen der Regierung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden, mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Die Beratungen des Steuerausschusses des Reichstags dürften darüber schon in den nächsten Tagen die erforderliche Klarheit schaffen.

*

Abstriche beim Wehretat und beim Auswärtigen Amt?

Berlin, 8. Juli. (Eig. Funk.)

Von den von der Reichsregierung geplanten Abstrichen an dem Etat, sollen, wie uns von unterrichteter Seite versichert wird, in erster Linie die Ausgaben des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums betroffen werden. Die in dem Reichswehretat vorgesehenen Abstriche umfassen angeblich Summen in Höhe von 35 Millionen Mark. Abstriche in ähnlicher Höhe sind in dem Etat des Auswärtigen Amtes geplant. In dem Etat des Reichsarbeitsministeriums sollen keinerlei Abstriche vorgenommen werden.

Preußen gegen die Amnestie. Der preußische Ministerpräsident hat im Namen der preußischen Regierung gegen die vom Reichstag mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Amnestie der Fememörder beim Reichsrat Einspruch erheben lassen.

Mitgliederschwund bei den englischen Kommunisten. Die englische Kommunistische Partei, die nach dem Generalstreik im Jahre 1926 12 000 eingeschriebene Anhänger mustern konnte, ist inzwischen auf 3500 Mitglieder zusammengeschrumpft. Sie führt nur noch ein Scheindasein.

Frick, der Kleber

„Ist das alles, was ich hinter mir habe?"

Zorns vor seinen Kollegen

Revision im Zorns-Prozeß — Das Urteil aufgehoben und zurückverwiesen

ukr. **Leipzig, 7. Juli.**

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichtes, unter Vorsitz des Senatspräsidenten Witt, beschäftigte sich am Montag mit der Revision der Beleidigungsklage Jorns-Bornstein.

Der Redakteur Bornstein hatte in der Wochenschrift „Das Tagebuch" heftige Angriffe gegen den früheren Kriegsgerichtsrat und jetzigen Reichsanwalt Zorns gerichtet und ihm der Begünstigung an der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg bezichtigt. Reichsanwalt Zorns verklagte daraufhin Bornstein wegen Beleidigung. Dieser Prozeß wuchs sich zu einem Skandal ersten Ranges aus. Reichsanwalt Zorns, der Privatkläger, wurde plötzlich zum Angeklagten. Dem leider zu früh verstorbenen Genossen Paul Levi, als Verteidiger des Redakteurs Bornstein, gelang es, den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen glatt zu erbringen. Bornstein wurde von dem Schöffengericht freigesprochen, daß aber außerdem in seiner Urteilsbegründung feststellte, **daß der Kriegsgerichtsrat Zorns bei der Führung der Untersuchungen gegen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts den Mördern Vorschub geleistet habe. Zorns** legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. Vor der Strafkammer beim Landgericht I Berlin wurde nach mehrwöchiger Verhandlung die zweifelhafte Tätigkeit des Kriegsgerichtsrates ins rechte Licht gerückt. Leider erlitt kurz vor Beendigung der Beweisaufnahme Genosse Levi seinen tragischen Tod, so daß Bornstein die letzten Tage auf sich allein angewiesen war. Vielleicht nur diesem Umstande war es zu danken, daß die Strafkammer am 14. Februar 1930 das freisprechende Urteil der ersten Instanz aufhob und den Redakteur Bornstein wegen öffentlicher Beleidigung zu 100 M. Strafe verurteilte. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende, daß sich die Strafkammer im wesentlichen dem Urteil der ersten Instanz angeschlossen habe. Die Verurteilung sei nur wegen des Werturteils ausgesprochen worden, während das Gericht den Wahrheitsbeweis des Angeklagten als voll erbracht ansehe. Die Kernbehauptung des beanstandeten Artikels liege darin, daß der Nebenkläger als zum Dienst in der Reichsanwaltschaft nicht genügend geeignet geschildert wurde und daß er bei der Führung der Untersuchung gegen die Liebknecht-Luxemburg-Mörder dem Täter Vorschub geleistet habe.

Dieses Urteil wurde Freitags gefällt und schon am nächsten Tage rannte der beleidigte Reichsanwalt wieder zum Gericht und legte gegen dieses Urteil Revision ein und verlangte Aufhebung des für ihn ungünstigen Urteils. Aber auch Bornstein legte Revision beim Reichsgericht ein, da sich der Vorwurf der fortgesetzten Beleidigung nicht halten lasse.

Die Revisionsverhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichtes währte 6 Stunden. Nachdem der Berichterstatter etwa 1¼ Stunde lang die wesentlichsten Punkte aus der Urteilsbegründung der Vorinstanz vorgetragen hatte, erhielt Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, der Verteidiger des Zorns, das Wort zur Begründung der Revision. **Der Verteidiger des Angeklagten** Bornstein, Rechtsanwalt Prof. Dr. Sinsheimer, wendete sich gegen die Behauptung des Rechtsanwaltes Löwenstein, daß das Urteil unter irgendeinem politischen Zwang gefällt worden sei. In beiden Instanzen hätten die Vorschubleistungen des damaligen Kriegsgerichtsrates Zorns nach vorheriger genauer Prüfung festgestellt. Es handele sich in den Artikeln nur um die Kernbehauptung, daß Zorns den Mördern Vorschub geleistet habe, und das stimme mit den Ausführungen des Gerichtes überein.

Das Plädoyer **des Reichsanwaltes Reifenberg** war eine einzige Anklagerede gegen Bornstein und eine Verteidigungsrede für Zorns. Er beantragte schließlich, der Revision des Privatklägers Zorns stattzugeben, das Urteil aufzuheben und zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückzuverweisen, da die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen sei, stelle er in das Ermessen des Senates. Die Revision des Angeklagten Bornstein halte er für nicht durchschlagskräftig und bitte um kostenpflichtige Verwerfung.

Nach stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil:

Die Revision des Angeklagten Bornstein wird kostenpflichtig verworfen. Auf die Revision des Nebenklägers Zorns wird zu Recht erkannt: Das Urteil des Landgerichtes Berlin wird aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht III, Berlin, zurückverwiesen.

Reichsanwalt Zorns hat also wieder einmal gesiegt. Ob er diesen Sieg aber in der nochmaligen Verhandlung vor dem Landgericht Berlin behaupten kann, wagen wir nach den Ergebnissen der vorinstanzlichen Urteile zu bezweifeln.

Beginn der Finanzdebatte im Reichstag

Herunter mit den Pensionen – herunter mit dem Reichswehretat!

193. Sitzung vom 7. Juli

Das deutsch-rumänische Handelsprovisorium wird ohne Debatte in zweiter Beratung angenommen.

Abg. Frau Gender (Soz.) bedauert, daß der Vertrag keine tarifarischen Bindungen enthalte. Die Ausschaltung der Ein- und Ausfuhrverbote sei ein Vorteil gerade für die deutsche Wirtschaft. An einem Zollkrieg mit Rumänien habe keiner ein Interesse. Die Sozialdemokraten würden dem Vertrag zustimmen. Wenn aber die Regierung ihre weiteren Zollpläne durchführe, dann werde die Sozialdemokratie ihre Haltung zur Handelspolitik der Regierung revidieren.

Abg. Graue (Bayr. Bp.) lehnt die Vorlage ab. — In der Schlußabstimmung wird der Vertrag gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beraten wird dann die neue

Deckungsvorlage der Regierung

(Reichshilfe, einmaliger Einkommensteuerzuschlag, Ledigensteuer, Aenderung der Tabaksteuer, Ergänzungsetat). Die Beratung wird verbunden mit der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger Dr. Moldenhauer.

Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist Dietrich auf den ungedeckten Fehlbetrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, **485 Millionen Mark** beträgt. Die Ursachen dieses Fehlbetrages seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf sie seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entstehen, zurückzuführen, und aus beiden, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steuerausfall. Dazu komme die Konjunkturempfindlichkeit auf der Einnahmeseite, insbesondere hinsichtlich der Umsatzsteuer, der Beförderungssteuer und der Lohnsteuer.

Der Minister geht dann auf die Deckungsvorschläge ein. **Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen Mark an den Haushaltausgaben angehe, so werde es unter den Ressorts noch einen harten Kampf geben.** Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen Mark zur Voraussetzung seines Verbleibens im Amte gemacht. Nicht zugeben könne er, daß im gegenwärtigen Moment weitere, sofort wirkende Ersparnismöglichkeiten beständen. Auch nach der Annahme der Deckungsvorlagen der Regierung wäre es verwegen, zu sagen, daß wir damit über dem Berge wären. **Was den bei der Reichsbahn zu erwartenden Fehlbetrag angeht, so seien nicht nur ein erheblicher Vortrag bei der Reichsbahn und außerdem starke Reserven vorhanden, sondern das Reich sei auch in der Lage, in einem bescheidenen Umfange zu helfen, ohne selbst seine Finanzen damit zu belasten.**

Die Lage der Gemeinden sei jedoch als durchaus schlecht anzusehen.

Die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine steie Gefahr für die Finanzen des Reiches. Man könne sagen, daß die Aussichten, für etwa eine Milliarde Mark im Laufe des nächsten halben Jahres Arbeit in Gang zu bringen, Hunderttausenden von Menschen Lohn und Brot schaffen würden. Nur wenn das gelinge, könne die im Haushalt aufgemachte Rechnung über die Kosten der Arbeitslosigkeit verantwortet werden. Bei der Vergebung der Arbeiten müsse besonders sorgfältig darauf geachtet werden, daß sie nicht die Preise erhöhen. Eine weitere Gefahr für die Reichsfinanzen liege in der zu niedrigen Einschätzung der Einnahmeausfälle, doch werde es sich hier nicht um Summen handeln, die den Haushalt in Unordnung zu bringen in der Lage seien.

Bei der Neuregelung der öffentlichen Finanzen komme der Ordnung der Gemeindefinanzen die größte Bedeutung zu.

Es werde nicht möglich sein, diese Ordnung etwa in der Form herbeizuführen, daß das Reich neue Mittel aufbringe und sie den Gemeinden zuwende. Es komme vielmehr darauf an, sie selbst für die Verausgabung und für die Bewilligung der Steuern verantwortlich zu machen. Im Vordergrunde ständen da der Verwaltungsökonomisierung eine Bürgersteuer, die Gemeindegetränkesteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe.

Im übrigen seien Gesetzentwürfe, die neue Einnahmequellen für die Gemeinden schaffen, bereits vorbereitet und könnten jedergeit dem Reichstag vorgelegt werden.

Der Minister befaßt sich schließlich mit dem Umbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, daß hier die

Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer

das erste Ziel sein müsse. Was die Frage der Verteilung von Steuerquellen und Steueraufkommen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden angehe, so sei dazu Voraussetzung die Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes und die Klärung der Hauszinssteuerfrage.

Der Minister wendet sich zum Schluß dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen werden. Lange die Dauer könne das Volk neben den enormen inneren und äußeren Kriegslasten nicht noch anderthalb Milliarden Mark oder mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ohne Gegenleistung tragen. Vor einem billigen Optimismus müsse man sich bei der Beratung des kommenden Haushaltjahres also von vornherein freihalten. Die Vorlagen dürften nicht vom Gesichtspunkt einzelner Interessengruppen betrachtet werden, es stehe wahrhaftig mehr auf dem Spiel als die Bewilligung der angeforderten Steuern, die auch die Voraussetzung dafür seien, daß die für den Herbst angekündigten Reformen vorbereitet und durchgeführt werden können. Eine Hausse der Wirtschaft, die den gegenwärtig flüssigen Geldmarkt ausnutzen würde, werde er nicht mitmachen. Mit steigenden Sorgen sei zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amte sei, jeweils rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Haushaltwirtschaft sei.

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Ich bin mit dem Minister weitgehend einverstanden. Aber im Hauptpunkt, was nun geschehen soll, bestehen abweichende Ansichten. Wir Sozialdemokraten haben immer

Sanierung der Reichsfinanzen als Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft angesehen und sind sogar bereit gewesen, diejenigen Lasten, die von anderen tragfähigeren Schultern nicht getragen werden können, auf die Massen des Volkes zu legen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung sind durchaus richtig, reichen aber nicht aus, um eine Besserung in der Wirtschaft zu erzielen. Zur Beseitigung der Wirtschaftsstörungen kommen wir nur auf dem Weg über geordnete Finanzen. Ich fürchte, daß dieses Ziel durch die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht wird. Der Finanzminister scheint sich von dem früheren Optimismus noch nicht halten, aber es genügt nicht, den Fehlbetrag in seinem vollen Umfange zu erkennen, sondern man muß auch den entschlossenen Willen haben, ihn in vollem Maße zu decken. Die Konjunkturempfindlichkeit der öffentlichen Haushalte zeigt sich an den Einnahmen noch mehr als an den Ausgaben. Der Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Wirtschaftsjahr bedeutet für die Reichsfinanzen eine Differenz von vielen Millionen Mark. Die Vertagung der Lösung auf spätere Zeit macht die Opfer nur noch schwerer. Es ist viel aussichtsreicher, auch schwere Opfer für eine frühzeitige Sanierung nicht zu scheuen. In England, das eine relativ größere Arbeitslosigkeit hat als wir, hat der sozialistische Finanzminister eine

Erhöhung der Einkommensteuer um rund 10 Prozent beantragt, mit einem Ertrag von fast 700 Millionen Mark.

Da aber von dieser Steuererhöhung ¾ aller Steuerträger frei bleiben sollen und die große Masse der Lohnempfänger in diesem Land überhaupt keine Einkommensteuer zahlt, so ergibt sich daraus, daß diese Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftssteuer in England die hohen und höchsten Steuerträger allein trifft. (Hört, hört! bei den Soz.)

Selbstverständlich ist bei unserer Finanzlage äußerste Sparsamkeit auch neben der Oeffnung neuer Steuerquellen unerläßlich. Wir halten Ersparnisse im Gesamtbetrag von 200 Millionen Mark für möglich und notwendig, jedoch nicht auf dem Wege einer Ermächtigung an die Reichsregierung, daß sie ohne Kontrolle des Parlaments an ihr genehmen Etats streichen könne. Wir lehnen eine solche Ermächtigung ab, weil sie das Etatrecht des Reichstages einschränkt und ihm widerspricht, weil sie auch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300708/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG